

Einvernehmliche Stellungnahme der Gewerkschaften und Sozialverbände für Maßnahmen gegen den Anstieg der Lebenshaltungskosten in Südtirol 19.06.2008

Die unterzeichnenden Gewerkschaften und Sozialverbände

- sind sich dessen bewusst, dass in den vergangenen Jahren in Südtirol die Gehälter viel langsamer gestiegen sind als die **Inflation**, die im Land seit geraumer Zeit **höher ist als in den anderen Provinzen Italiens**;
- sind sich dessen bewusst, dass auch in einem Land mit hohem Lebensstandard wie in Südtirol die Notwendigkeit gegeben ist, **Maßnahmen zum Schutz der Kaufkraft der Familien** zu ergreifen;
- sind sich weiters dessen bewusst, dass auch **strukturelle Maßnahmen zur Bekämpfung des Anstiegs der Lebenshaltungskosten** erforderlich sind, die direkt auf die Lohnpolitik in Südtirol über **territorial ausgehandelte Zusatzgehälter** sowie über Preis dämpfende Maßnahmen Einfluss nehmen. Trotz der optimalen Wirtschaftsentwicklung im Land gibt es wenige Lohnabhängige, die in den Genuss von Zusatzgehältern laut Verhandlungen auf Landes- und/ oder Unternehmensebene kommen. Auch in den Sektoren und/oder Unternehmen, wo Zusatzverhandlungen vorgesehen sind, gab es – außer in seltenen Fällen – **in den Lohntüten der ArbeitnehmerInnen keine Konsolidierung der Produktionszulagen**, meist war es sehr schwierig, überhaupt die ausgelaufenen Abkommen rechtzeitig zu erneuern;
- sind deshalb der Ansicht, dass **seitens der öffentlichen Hand eine Unterstützung zugunsten dezentraler Vertragsverhandlungen** notwendig ist, die mittels entsprechender “Überzeugungsmaßnahmen” die Verhandlungskraft ausgleichen, indem die schwächere Seite – also die abhängig Beschäftigten – unterstützt wird. Mittels einer **voraus schauenden und ausgewogenen Steuerpolitik** und der Unternehmensförderung (Beiträge, Grundzuweisung, Senkung der IRAP-Steuer und des allgemeinen Steuerdrucks auf die Unternehmen usw.) hat die öffentliche Hand in der Tat die Möglichkeit, auf die Einkommenspolitik Einfluss zu nehmen und dabei die lokalen Vertragsverhandlungen zu unterstützen, indem sie bestimmte Begünstigungen nur jenen Unternehmen zukommen lässt, die den gesamtstaatlichen Kollektivvertrag mit betrieblichen oder territorialen Abkommen ergänzen;
- sind mit den lokalen Verwaltungen einer Meinung darüber, dass es **angebracht ist, zusätzliche sozialpolitische Maßnahmen** zur Unterstützung der Familien und der benachteiligten Bevölkerungsschichten **umzusetzen**.

Aufgrund dieser Prämissen haben die Gewerkschaften und Sozialverbände gemeinsam einige Maßnahmen zur Bekämpfung der hohen Lebenshaltungskosten in Südtirol definiert, die im Rahmen einer konstruktiven Diskussion zwischen den Sozialpartnern sowie zwischen diesen und der öffentlichen Hand (Land und Gemeinden) erörtert werden sollten:

1) Preise

Konzertierte Abkommen zur Preisdämpfung: Es besteht Einvernehmen dazu, dass konzertierte Abkommen zwischen den Sozialpartnern und der öffentlichen Hand notwendig sind, um dem Anstieg der Preise Einhalt zu gebieten.

Beobachtung der gesamten Wertschöpfungskette: Es besteht Einvernehmen dazu, dass sowohl für die Unternehmen als auch für die BürgerInnen eine kontinuierliche Beobachtung der Preise der wichtigsten Konsumgüter und Dienstleistungen erforderlich ist, wobei die gesamte Wertschöpfungskette berücksichtigt werden soll.

Mehr Konkurrenz und Reduzierung der Bürokratie: Initiativen zur Förderung der Konkurrenz in der Großverteilung hätten eine positive Auswirkung auf die Preise. Auch die exzessive Bürokratisierung erzeugt Kosten, die sich auf Preise und Tarife auswirken: Die Einschränkung der Bürokratie kann sich folglich günstig auf die Preise auswirken.

Sensibilisierung für den bewussten Konsum und Aufwertung der lokalen Produkte: Es sind Initiativen gefragt, die für einen bewussten Konsum sensibilisieren, also für die Vermeidung nicht

notwendiger Ausgaben, den Schutz der Umwelt und die verstärkte Nutzung lokaler Produkte zur Festigung regionaler Wirtschaftskreisläufe.

2) Wohnbaupolitik

Programm für die Schaffung von Mietwohnungen: Der hohe Anteil der Mieten am Familienbudget erfordert von der Landesverwaltung die Umsetzung eines weit reichenden Programms zur Schaffung von sozialen Mietwohnungen. Ein solches Programm ist imstande, die Marktpreise zu senken.

Arbeit und Familie bei der Wohnbauförderung stärker berücksichtigen: Die Dauer und die Kontinuität des Arbeitsverhältnisses der AntragstellerInnen sowie deren Familienlasten sind bei der Wohnbauförderung stärker zu berücksichtigen.

3) Familienpolitik

Anhebung des Familiengeldes des Landes: Die Anhebung der monatlichen Beträge des Familiengeldes und die Erreichung einer größeren sozialen Treffsicherheit bzw. die Ausdehnung der Bezugsjahre dieser Unterstützung sind wünschenswerte Maßnahmen. Der Ausbau der öffentlichen Kinderkrippen und Kindergärten im ganzen Lande ist zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie für die abhängig beschäftigten Eltern weiter voranzutreiben.

Einführung der Einkommensmessung: bei der Ausschüttung der öffentlichen Sozialleistungen ist der Einsatz eines einfachen Instrumentes zur Ermittlung der Bedürftigkeit der BürgerInnen auf Grund des Einkommens und Vermögens notwendig.

Harmonisierung der Elternzeitregelungen zwischen Land und Privatwirtschaft: Es ist zu empfehlen, die Regelungen zur Elternzeit für die Beschäftigten der Landesverwaltung auf die Privatwirtschaft auszudehnen.

4) Steuerpolitik

Streichung bzw. Kürzung der gemeindlichen und regionalen Zusatzsteuern: Die Gemeinden Südtirols werden aufgefordert, auf die Anwendung der Gemeindezusatzsteuern zu verzichten. Die Regionalzusatzsteuer ist auf den gesetzlichen Mindestbetrag von 0,5% einzufrieren, so wie es bis zum Jahr 1999 war. Das GVD 446/1997 hat den Steuersatz für die Jahre 1998 und 1999 für das gesamte Staatsgebiet festgelegt. Seit dem Jahr 2000 liegt gemäß Art. 3 des GVD 56/2000 der Mindeststeuerungssatz auf 0,9% und der Höchststeuerungssatz auf 1,4%. Es wäre wünschenswert, sich auf staatlicher Ebene dafür einzusetzen, dass in Südtirol wiederum der Satz von 0,5% angewandt werden kann.

Abkommen zur Blockierung der Tarife: Es ist ein Abkommen abzuschließen, das die öffentlichen Tarife auf Gemeinde- und Landesebene für eine bestimmte Zeit einfriert bzw. diese je nach Bedürftigkeit (aufgrund der Einkommens- und Vermögensbewertung) der Familien staffelt.

Transparenz der Gemeindetarife: es bedarf einer größeren Durchschaubarkeit der Kriterien für die Festlegung der Gemeindetarife, damit die Gründe für die Ungleichheit bei der Behandlung der BürgerInnen im Land deutlich werden.

Umverteilung der Steuererleichterungen durch die Reduzierung der IRAP-Steuer: Das Land sollte die Kürzung der IRAP (und ganz allgemein auch weiterer Steuern) nur jenen Unternehmen zuerkennen, die sich verpflichten, einen Teil dieser Steuererleichterungen über die betrieblichen Kollektivvertragsverhandlungen anteilig weiterzugeben.

Bozen, 19. Juni 2008

Die Gewerkschaftsorganisationen und Sozialverbände Südtirols

ASGB

AGB-CGIL

SGBCISL

SGK-UIL

ACLI

KVW

Protocollo d'intesa tra le Organizzazioni sindacali e sociali per un'azione unitaria contro il caro vita in Alto Adige

Premesso che le organizzazioni sociali e i sindacati firmatari del presente documento:

- sono consapevoli che negli ultimi anni in Alto Adige le retribuzioni sono cresciute molto più lentamente dell'**inflazione**, che in Provincia di Bolzano è da tempo **superiore a quella riscontrata nel resto del Paese**;
- sono consapevoli che anche in una provincia con un alto tenore di vita come quella altoatesina, si è riscontrata l'esigenza di adottare a livello locale **politiche per la tutela del potere d'acquisto delle famiglie**;
- sono altresì convinti che vanno poste in essere anche **iniziative strutturali di lotta al caro vita** che intervengano direttamente sulla politica dei redditi in Alto Adige, attraverso la contrattazione di **retribuzioni integrative territoriali** ed il contenimento della dinamica dei prezzi. Nonostante le ottime performance dell'economia altoatesina, sono pochi i lavoratori e le lavoratrici interessati dal secondo livello negoziale territoriale e/o aziendale. Anche nei settori e/o nelle aziende dove è prevista la contrattazione integrativa **non c'è stato**, eccetto in rari casi, **un consolidamento dei guadagni di produttività nelle buste paga** dei lavoratori e, il più delle volte, risulta molto **difficile rinnovare tempestivamente i contratti** scaduti;
- ritengono quindi ci sia la necessità di un **sostegno alla contrattazione decentrata da parte dell'attore pubblico** che, facendo leva su specifici "mezzi di persuasione", dovrebbe bilanciare i diversi poteri contrattuali, sostenendo la parte più debole, ovvero quella dei lavoratori dipendenti. Attraverso **lungimiranti e più eque politiche fiscali** e di sostegno all'imprenditoria (contributi, assegnazione terreni, riduzione dell'IRAP e del carico fiscale sulle aziende in generale, ecc.) l'attore pubblico ha di fatto la possibilità di incidere sulla politica dei redditi sostenendo la contrattazione integrativa locale, promuovendo determinate facilitazioni solo ad imprese che integrano il contratto collettivo nazionale con un accordo aziendale e/o territoriale;
- condividono con gli attori pubblici locali **l'opportunità di attuare nuove politiche di welfare** di sostegno alle famiglie ed in generale agli strati più deboli della popolazione.

Tutto ciò premesso, le organizzazioni sindacali e le associazioni sociali altoatesine hanno definito unitariamente diverse ipotesi di intervento per affrontare efficacemente e anche nel medio/lungo periodo il problema del caro vita in Alto Adige attraverso un serio e costruttivo confronto tra parti sociali ed Istituzioni pubbliche locali (Provincia e comuni) sulle seguenti tematiche:

1) PREZZI

Accordi concertativi per calmierare i prezzi: si concorda sul fatto che sono necessari accordi concertativi tra le parti sociali e l'attore pubblico per porre un freno all'aumento dei prezzi.

Monitoraggio prezzi dell'intera filiera: si concorda sull'utilità, sia per le imprese sia per i cittadini, di un monitoraggio permanente dei prezzi al consumo dei beni e servizi più significativi, anche ricercando strumenti di rilevazione dei prezzi dell'intera filiera.

Maggiore concorrenza e riduzione della burocrazia: iniziative volte a favorire la concorrenza nella grande distribuzione avrebbero senza dubbio un impatto positivo sui prezzi; anche l'eccessiva burocrazia ha un costo che si ripercuote sia sui prezzi che sulle tariffe. Una riduzione della burocrazia è quindi funzionale alla calmierazione dei prezzi.

Sensibilizzazione verso un consumo consapevole e valorizzazione dei prodotti locali: sono auspicabili iniziative per la sensibilizzazione verso un consumo consapevole che possa contenere gli sprechi, difendere l'ambiente e aumentare l'utilizzo di prodotti locali per rafforzare il tessuto economico provinciale.

2) POLITICA ABITATIVA

Programma per il reperimento di abitazioni in affitto: l'alta incidenza del costo dell'affitto sul bilancio familiare richiede da parte dell'amministrazione provinciale l'elaborazione di un programma per l'edilizia abitativa più esteso. Un tale programma è in grado di influenzare in maniera positiva la diminuzione dei prezzi di mercato.

Considerare maggiormente il lavoro e la famiglia nell'edilizia abitativa agevolata: la durata e la continuità dei rapporti di lavoro dei/delle richiedenti così come i relativi carichi familiari sono da tenere maggiormente in considerazione nell'ambito dell'edilizia abitativa agevolata.

3) POLITICHE PER LA FAMIGLIA

Aumento dei contributi provinciali alla famiglia: sono auspicabili misure per l'aumento dei contributi provinciali alla famiglia, così come un aumento del numero di anni in cui è possibile goderne. Per il miglioramento del bilanciamento tra lavoro e famiglia dei genitori lavoratori è da estendere la costruzione di nidi e asili in tutto il territorio provinciale, riducendone contemporaneamente il limite di compartecipazione.

Adozione redditometro: per l'erogazione delle prestazioni sociali pubbliche risulta necessaria l'adozione di uno strumento sintetico per la verifica del reale stato di bisogno dei cittadini in relazione al loro reddito ed ai loro beni posseduti.

Armonizzazione della disciplina riguardante i periodi di congedo parentale tra Provincia e settore privato: è auspicabile estendere al settore privato la disciplina riguardante i congedi parentali prevista per i dipendenti dell'amministrazione provinciale.

4) POLITICHE FISCALI

Eliminazione o riduzione delle addizionali comunali e regionali: i comuni altoatesini sono invitati a rinunciare all'utilizzo dell'addizionale comunale IRPEF; l'addizionale regionale è da fissare all'aliquota minima dello 0,5% così come è stato fino al 1999. Infatti, l'art. 50 del D.lgs.446 del 1997 fissava l'aliquota, per gli anni 1998 e 1999, nella misura dello 0,5 per cento su tutto il territorio nazionale. Dal 2000, l'art. 3 del D.lgs. 18 febbraio 2000 n. 56, elevava l'aliquota minima allo 0,9% e l'aliquota massima all'1,4%. Sarebbe pertanto auspicabile attivarsi a livello nazionale affinché in Alto Adige si possa tornare all'aliquota dello 0,5%.

Accordo per blocco tariffe pubbliche: è da stipulare un accordo per bloccare le tariffe pubbliche a livello comunale e provinciale per un determinato periodo di tempo, ossia graduarle in funzione dello stato di necessità delle famiglie, in base ad una valutazione dei redditi e del patrimonio.

Trasparenza delle tariffe comunali: si richiede maggiore trasparenza dei meccanismi che portano alla determinazione delle tariffe comunali in modo da chiarire i motivi che creano disparità nel trattamento dei cittadini sul territorio provinciale.

Ridistribuire guadagni fiscali per la riduzione dell'IRAP: è auspicabile che l'attore pubblico riconosca la riduzione dell'IRAP (e più in generale altre future riduzioni fiscali) solo alle imprese che s'impegnano a ridistribuirne una parte tramite la contrattazione aziendale.

Bolzano, 19 giugno 2008

Le Organizzazioni sindacali e sociali dell'Alto Adige

ASGB

CGIL-AGB

SGBCISL

UIL-SGK

ACLI

KVW